

Debatte

THESEN, TEXTE, THEORIEN

Der Erstauftritt von **Eugen Freund** als EU-Spitzenkandidat der SPÖ ist nicht Beweis für gescheiterte PR-Strategien, sondern logische Folge eines innerparteilichen Demokratiedefizits. **VON SOPHIE WOLLER UND NIKOLAUS KOWALL**

Bei aller Freundschaft: Für einen Neubeginn

Die überraschende Präsentation Eugen Freunds als SPÖ-Spitzenkandidat hat für veritable Aufregung gesorgt. Die Startschwierigkeiten des Politneulings waren Wasser auf die Mühlen all jener, die die Art der Kommunikation als Essenz des Politischen verstehen und nicht den Inhalt. Das Urteil fiel entsprechend aus: ein Kommunikationsdebakel, so der Tenor. Das schlägt in dieselbe Kerbe wie der Irrglaube mancher Parteien, nach verlorenen Wahlen die Niederlage allein in Kommunikationsproblemen zu suchen. Dabei ist diese Analyse eher das Problem als die Lösung – sie ist ein Indiz für den eingeschränkten und technokratischen Blick von Politik und Medien auf das politische Methodenrepertoire.

Wir in der Sektion 8 glauben nicht an „Kommunikationsprobleme“. Viel-

Was der Öffentlichkeit als Politik vorgesetzt wird, ist ein oberflächliches Spektakel.

mehr geben wir dem britischen Politologen Colin Crouch recht, wenn er sagt, dass im Schatten solcher Inszenierung reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Vergleicht man beispielsweise die Auswirkungen von Friends Medienauftritten auf die Lebensrealität der Menschen mit denjenigen des geplanten Freihandelsabkommens mit den USA, der Geldpolitik der EZB oder der Judikatur des EuGH, wird klar, dass es ein drastisches Ungleichgewicht bei der politimedialen Prioritätensetzung gibt. Was der Öffentlichkeit als Politik vorgesetzt wird, ist im Grunde ein oberflächliches Spektakel, dessen Relevanz für die Menschen oft nicht weiter geht als der damit verbundene Unterhaltungswert.

Aus unserer Sicht stehen am Beginn politischer Artikulation Überzeugungen, gefolgt von Inhalt und Strategie. Die Kommunikation steht am Ende des Prozesses. Anders als in Zeitungskommentaren und Tweets behauptet, ist Freunds Erstauftritt nicht so sehr Beweis für gescheiterte PR-Strategien, sondern vor allem die logische Folge eines anhaltenden innerparteilichen

ZUM AUTOR



Nikolaus Kowall (*1982) ist Volkswirt, Mitarbeiter am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf sowie Lektor an der WU Wien. Er ist Sprecher der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund.

Sophie Woller (*1985) ist Politikwissenschaftlerin und hat bis Sommer 2013 für die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament gearbeitet. Sie ist in der Europa-Gruppe der Sektion 8 aktiv.

/// Fabry

Demokratiedefizits sowie mangelnder politischer Orientierung in der SPÖ.

Die Einbindung der Parteibasis ist ein Wert an sich. Partizipation ist das Wesen der Demokratie, sie ist aber gleichzeitig Mittel zum Zweck. Hätten alle Parteimitglieder die Möglichkeit, über Kandidaten in Vorwahlen zu entscheiden, wäre das Interesse der Partei an der Europawahl mit einem Schlag geweckt. Über Wochen würde es Hearings und Veranstaltungen sowie Debattenbeiträge in digitalen und analogen, parteieigenen und -externen Medien geben. Mit einem Wort: Es käme Leben in die Bude, und die Basis hätte Gelegenheit, Persönlichkeiten und deren Ideen kennenzulernen. Für die Kandidaten wären Vorwahlen eine Chance, in einer „Generalprobe“ die Wirksamkeit ihrer Argumente zu testen und das Profil zu schärfen. Das käme gerade Quereinsteigern zugute.

Die Gewerkschaft, die SPÖ-Frauen oder die Jugendorganisationen würden verschiedene Kandidaten unterstützen, und am Ende würde die Liste im Rahmen einer Wahl erstellt. Alle SPÖ-Kandidaten wären schon zu Beginn des eigentlichen Wahlkampfes Sieger. Es geht gerade nicht um die Optimierung von PR-Strategien, sondern darum, die frische Luft der Demokratie durch das offene Fenster hereinzulassen. Dies verändert den Charakter der Inszenierung schlagartig. Aus professioneller PR-Routine an der Parteispitze würde ein breitenwirksames demokratisches Ringen um die öffentliche Sache.

Für so einen idealtypischen Verlauf ist die Sozialdemokratie von heute wohl noch nicht bereit. Doch selbst in der gegenwärtigen SPÖ wäre viel mehr Partizipation möglich, in einer simplifizierten Form sogar für die anstehenden Wahlen. Eugen Freund und Co. sind formal noch nicht Kandidaten der Partei, sondern vorerst nur vom Parteivorstand designiert. Über die tatsächliche Nominierung entscheidet ein Bundesparteirat genannter kleiner Parteitag, der bis zur Listeneinreichung am 11. April stattfinden muss. Was spricht dagegen, wenn die Kandidaten sich bis zum Parteirat bei SPÖ-Mitgliedern und Interessierten in Hearings präsentieren und sich erst danach (wieder) den Medien zuzuwenden? Das könnte in den



Stößt bei der SPÖ-Basis auf Vorbehalte: Spitzenkandidat Eugen Freund. // Kathr Bruder

kommenden Wochen geschehen, also lange vor der heißen Phase des Wahlkampfes.

Für Freund wären diese Diskussionen die optimale Gelegenheit, sein Programm zu entwickeln. Es wäre für ihn auch die Chance, die Kultur der Partei, die europapolitischen Auffassungen der Basis und die manchmal schrulligen, aber durchwegs liebenswürdigen Befindlichkeiten der Sozialdemokratie kennenzulernen. Da die SPÖ immer noch eine sozial breit aufgestellte Partei ist, wäre das ein guter Indikator für die Sorgen und Wünsche eines erheblichen Teils der Bevölkerung in Bezug auf Europa. Für Freund wäre es ein Sammeln von Erfahrungen mit dem nützlichen Nebeneffekt der Erdung, die für eine sozialdemokratische Politik unerlässlich ist. Überdies wäre es ein Beitrag zur besseren Einbindung der Basis und zur stärkeren Demokratisierung der SPÖ.

Im Rahmen dieses Nominierungsprozesses könnte auch eine zweite politische Herausforderung angegangen werden, die virulent ist: Die SPÖ braucht für die EU-Wahl ein klares Leitmotiv. Dabei kann es nicht um vereinzelt Forderungen wie den „Schutz österreichischen Wassers“ gehen, sondern um die politische Ausrichtung Europas. Die EU ist nämlich schon lange kein „Projekt“ mehr, sondern politische und legislative Realität. Das von der Partei offiziell ausge-



haltig einschränkt. Da ist es schon ein Lichtblick, dass das EU-Parlament vor Kurzem die Zusammensetzung und Politik der Troika infrage gestellt hat und sich – parteiübergreifend – für ihre demokratische Kontrolle einsetzt.

Diesem Europa der marktformen Demokratie gilt es das sozialdemokratische Modell des „demokratierten Marktes“ entgegenzusetzen. Eine Politik, die Not und Elend erzeugt, kann niemals sozialdemokratisch sein, die Alternative wäre ein europäisches Programm zur aktiven Krisenbekämpfung. Das würde neben erheblichen öffentlichen Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur auch

Der Europäische Rat, Europas Landeshauptleutenkonferenz, müsste Einfluss verlieren.

die Einschränkung des innereuropäischen Lohn- und Steuerwettbewerbs beinhalten sowie die Einführung gemeinsamer europäischer Staatsanleihen (Eurobonds). All dies wird nur möglich, wenn vermeintlich nationale Einzelinteressen untergeordnet werden. Für einen solchen politischen Paradigmenwechsel müsste das EU-Parlament die Bühne der europäischen Demokratie werden. Der Europäische Rat (die Lan-

deshauptleutenkonferenz Europas) in dem Einzelpersonen wie Angela Merkel den Takt vorgeben, müsste an Einfluss verlieren. Deshalb ist es nicht die Aufgabe von SPÖ-Kandidaten, Österreich in Europa gut zu vertreten oder „für Europa zu werben“, wie aus der Partei immer noch zu hören ist. Es geht darum, im Rahmen einer brisanten Richtungsentscheidung zwischen Konservativen und Progressiven eine Mehrheit für Letztere zu erringen. Das wäre gut für Europa, und damit auch für Österreich.

Eingangs haben wir darauf verwiesen, dass für politische Artikulation die Kommunikation der letzte Schritt nach Überzeugung, Inhalt und Strategie ist. Wir haben uns bemüht, uns daran zu halten und ein Überzeugungskeile entwickelt (Europa als demokratierten konformer Markt), inhaltliches Fleisch angesetzt (öffentliche Investitionen, Eurobonds etc.) und strategische Fragen geklärt (Einsatz für ein progressives Europa statt Österreich vertreten). Auf Basis dieser klaren Haltungen und deutlichen Botschaften kann in einem letzten Schritt eine adäquate politische Kommunikation entwickelt werden. In einer Phase der internen Hearings hätte man noch Zeit, Klarheit bezüglich Überzeugung, Inhalt, Strategie und Kommunikation zu bekommen. In zwei Monaten könnte die SPÖ im Rahmen des Bundesparteirats einen wohlüberlegten Neubeginn hinlegen. //

EINWURF

APROPOS EHE

Sie sind verheiratet? Und treiben trotzdem Sport? Kann nicht sein!

Die Ehe an sich ist mindestens seit ihrem Bestehen Anlass für heftige Pro- und Kontra-Auseinandersetzungen. Argumentatives Futter – nämlich dagegen – liefert uns nun die Wissenschaft. Forscher der Universität Heidelberg kamen nach dem eingehenden Studium von 11.000 Fällen zum Schluss, dass Paare weniger Sport treiben als Singles, die größten Bewegungsmuffel aber Eheleute sind. Ein Grund laut den Autoren der Studie: Man müsse seine Attraktivität nicht mehr auf dem Heiratsmarkt unter Beweis stellen. Ob das Gesundheitsministerium bereits prüft, Verheiratete höhere Kassenbeiträge zahlen zu lassen, ist nicht bekannt.



LESERBRIEFE

SAGEN SIE UNS DIE MEINUNG

Ihre Briefe an: leserbriefe@diepresse.com – Die Presse, Hainburger Straße 33, 1030 Wien. Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



»Gebt den Ländern doch das Kommando!« – Leitartikel von Rainer Nowak, 19.1.

Regierung in Geiselnhaft

Der Leitartikel des Chefredakteurs hinterlässt angesichts der verschwimmenden Grenzen zwischen Polemik und Seriosität zu guter Letzt eher Ratlosigkeit. Was nun die Universitäten betrifft, so meint Rainer Nowak, es wäre eine „lohnende Aufgabe“ für den neuen Wissenschaftsminister, Reinhold Mitterlehner, weniger Rücksicht auf „Rektorendünkel“ zu nehmen. Als Beweis dient dem Chefredakteur der „volle Bauchladen an Fächern und Studienrichtungen“ an „allen Universitätsstandorten“.

Man muss dieses Pauschalurteil gar nicht im Detail widerlegen, es genügt der Hinweis auf das Beispiel der (noch) nicht vorhandenen Medizinfakultät der Universität Linz, das Nowak richtigerweise selbst anführt, indem er fragt: „Vier Medizin-Unis für einen Kleinstaat? Wie soll man dann noch Sparnotwendigkeiten erklären?“

Zur Erinnerung: Ein vierter medizinischer Uni-Standort war nie ein Anliegen der Universitätenkonferenz (Uniko), sondern ist ein auf Biegen und Brechen forciertes Vorhaben der oberösterreichischen Landespolitik. In diesem Fall muss der aus Oberösterreich stammende Minister weniger Rücksicht auf Rektorinnen und Rektoren als

auf seinen eigenen Landeshauptmann nehmen, dem es gelungen ist, zumindest die vorherige Bundesregierung für sein Prestigeobjekt in Geiselnhaft zu nehmen. Ob ihm das auch bei der „neuen“ Koalition glückt, werden wir demnächst erfahren. Manfred Kadi, Pressereferent der Universitätenkonferenz

»Diese Deutschen« – Kolumne von Dietmar Krug, 19.1.

Dummheit als Allgemeingut

Sehr geehrter Herr Krug, ich kann Ihnen so nachempfinden, was Sie gefühlt haben, und Sie haben das einzig Richtige getan, nämlich die Flucht ergriffen!

Sonst müsste man dieser Dummheit eine auflagen, sage ich salopp. Das tut man natürlich nicht, weil man zivilisiert ist. Gegen Dummheit ist leider kein Kraut gewachsen, und leider gibt es sehr viel davon. Sehen Sie die Dummheit als Allgemeingut in der Welt, es gibt sie in jedem Land. Dr. Marianne Vondra, 2351 Wr. Neudorf

»Damals, am Skiflirt« – Von Friederike Leibl und Florian Asamer, 19.1.

Virtuelle Liebe ist geblieben

Ja, da spürt man sie direkt wieder, die eiskalten Hände und Füße! Meine Skilaufbahn hatte begonnen, bevor es Ski-overalls gab, Ende der 1950er-Jahre trug man Stegohse und Anorak, meine ersten Bretter waren vom großen Bruder vererbt. Ein glücklicher Umstand bescherte uns Kindern einige Jahre hindurch Winterurlaube am Semmering – damals noch weit vom Zaubergemäse entfernt. Unvergesslich wird mir meine Fahrt vom Hirschenkogel bleiben; viel zu schwer für eine Neunjährige, aber hinunter musste ich, quer über die Piste in wilden Schneepflügen, mindestens zwanzigmal im Schnee gelandet – in Tränen aufgelöst, aber unversehrt unten angekommen! Mein Stolz war grenzenlos, und geblieben ist mir, die ich seit Jahren nicht mehr auf Skiern gestanden bin, die sozusagen virtuelle Liebe zu diesem Sport, die sich im begeisterten Anschauen der Skirennen im TV äußert. Johanna Sibera, 3420 Kritzensdorf

»Sechs Tonnen für 65 Mann« – »360 Grad« von Norbert Rief, 19.1.

»Bloch« – ein Fachausdruck

Gratulation zu dem lebendigen, unterhaltsamen Artikel! Eine Bemerkung zum Satz „Bloch“ ist der Dialektausdruck für Pflug“ sei jedoch gestattet: Als Native Speaker der oberösterreichi-

schen Mundart ist für mich „Bloch“ der in der Holzbranche gängige Fachausdruck für einen entasteten, entrindeten, sägewerkfertigen Baumstamm. Hubert Pramas, 4609 Thalheim

»Culture Clash – Frontnachrichten aus dem Kulturkampf« – Von Michael Prüller, 19.1.

Was ist gottgewollt?

Wann immer ich mich zur Lektüre von Herrn Prüllers Kolumne hinreißen lasse, erstaunt mich die offensichtliche Unfähigkeit des Autors zu logischem Denken: Die Unfruchtbarkeit mancher heterosexueller Paare darf medizinisch behandelt werden, weil sie behandelt werden kann – und damit der „Normzustand“ hergestellt wird, den die Natur bzw. der „liebe Gott“ allein beabsichtigt hat (denn darüber kann der Autor aufgrund seines guten Drahtes... ja kompetent Auskunft geben!). Ich wüsste gern, weshalb Unfruchtbarkeit nicht gottgewollt ist? Das Zitat

»Sehen Sie die Dummheit als Allgemeingut in der Welt, es gibt sie in jedem Land.« MARIANNE VONDRA

»Wie Graffiti die Stadt prägen« – Von Eva Winroither, 19.1.

Graffiti für die Flaktürme

Vielleicht könnte man die Sprayer-Szene animieren, unsere potthässlichen Flaktürme zu verzieren. Aber da wird möglicherweise der Adrenalinkick des Verbotenen fehlen und der Gedanke, etwas Sinnvolles zu produzieren, unerträglich sein. Michael Schüller, 1020 Wien

Culture Clash

FRONTNACHRICHTEN AUS DEM KULTURKAMPF



Teufel auch. Eine Statue des Leibhaftigen soll vor das Kapitol von Oklahoma. Dort befindet sich nämlich schon eine andere unfassbare Provokation: eine Statue der Zehn Gebote!

VON MICHAEL PRÜLLER

Vor dem Regierungssitz in Oklahoma City wurde 2012 eine Zehn-Gebote-Statue aufgestellt. Nun machen andere Religionen das Recht auf Gleichbehandlung geltend und wollen auch Statuen am selben Platz aufstellen. Etwa der Satanic Temple, der ein Baphomet-Monument einklagen will. Baphomet ist ein Dämon, den angeblich einst die Tempel angebetet haben. Im 19. Jahrhundert wurde er vom Okkultisten Éliphas Lévi als eine Art Engel mit Ziegenkopf gezeichnet und wurde zu einer Ikone der Satanisten. Allerdings ist Baphomet möglicherweise nur eine provençalische Verballhornung des Propheten Mohammed, von dem Islamisten es ihrerseits gar nicht schätzen, wenn man ihn überhaupt darstellt. Noch dazu mit Ziegenkopf!

Aber geht es hier um Religionen? Der Satanic Temple sieht sich ja eher als atheistische Aktivistenmustruppe. Baphomet verehren sie gar nicht, er ist ihnen nur ein Symbol für ungerechtfertigte Verteufelung, in diesem Fall der Tempel. (Sich Satanic Temple nennen, um gegen Verteufelung aufzutreten, ist jedenfalls origiell). Sie beten ja nicht einmal Satan an: Der sei, sagt ihr Sprecher, nur ein literarisches Konstrukt. Als aber ein TV-Produzent die unqualifizierte Äußerung tat, man solle die Leute vom Temple einfach erschießen, da protestierte der Satanic Temple gegen „Morddrohungen aufgrund unserer religiösen Überzeugung“.

Tatsächlich ist das eine der Gruppen, die ihrem Atheismus ein religiöses Mäntelchen geben, um gegen Amerikas Christentum auf der Basis der Gleichheit aller Religionen vor dem Gesetz vorzugehen. Wobei die Idee, dass der Unglaube auch eine Religion ist, durch den dazu notwendigen Mummenschanz eher widerlegt als unterstützt wird. Interessant ist dabei die Frage: Dürfen Statuen an einem öffentlichen Platz von Bedeutung wie dem Kapitol einem bestimmten religiösen Mindset den Vorrang geben? Das ist rechtlich umstritten: In Alabama musste ein Zehn-Gebote-Monument entfernt werden, und auch in Oklahoma läuft eine Klage dagegen. Und wenn das Jüdisch-Christliche dabei gewinnt, sollen alle ändern aber auch dürfen können.

Aber wenn eine Gesellschaft die Ikonen ihres Wertesystems und ihrer kulturellen Identität nicht mehr an öffentlichen Plätzen sichtbar machen darf – verliert sie dann nicht an Identität, und wird ihr Wertesystem nicht sehr anämisch? Darf die Stadt Wien etwa Herbert Prohaska ein Denkmal setzen – wo es doch Minderheiten gibt, die Fußball grässlich finden? Oder müsste dann zumindest jeder Sport im Stadtpark sein Monument haben dürfen? Neben Schneckerl also auch Joey Chestnut, Weltrekordhalter im Hotdog-Essen.

Der Autor war stv. Chefredakteur der „Presse“ und ist nun Kommunikationschef der Erzdiözese Wien. //

meining@diepresse.com

diepresse.com/cultureclash